



Stadt Köln

Die Oberbürgermeisterin

Geschäftsführung Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden

Frau Pesch

Telefon: (0221) 221 26144

Fax: (0221)

E-Mail: doris.pesch@stadt-koeln.de

Datum: 26.09.2023

Niederschrift

über die **19. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 04.09.2023, 17:04 Uhr bis 19:16 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Herr Gerhard Brust	GRÜNE
Frau Bärbel Hölzing	GRÜNE ab 18:20 Uhr übernimmt Herr Manfred Richter die Vertretung
Herr Manfred Richter	GRÜNE Ab 18:20 Uhr Vertretung für Frau Hölzing
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Herr Dr. John Akude	CDU
Herr Stephan Pohl	Auf Vorschlag der CDU
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Malik Karaman	SPD
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Frau Catherine Schöppen	Auf Vorschlag der FDP
Frau Nicolin Gabrysch	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

Beratende Mitglieder

Herr Franz Gebhardt	Auf Vorschlag der AfD
Herr Piotr Mazar	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Inge Fuhrmann	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Herr Stephan Horn	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Frau Maren Franke	Auf Vorschlag der CDU
Herr Heinz Klein	Auf Vorschlag der CDU
Herr Nils Beuthert	Auf Vorschlag der SPD

Herr Norbert Plützer	Auf Vorschlag der SPD
Frau Niusha Arabi	Auf Vorschlag der FDP
Herr Ralf Tausgraf	Auf Vorschlag von Volt
Herr Dr. Burkhard Pfungsthorn	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Achim Schmitz	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Regina Schlimkowski	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Frau Claudia Heckman	KölnBäder GmbH
Herr Dr. Ulrich Höver	
Herr Horst Janke	
Herr Günter Schlanstedt	
Frau Julia Shepperson	
Herr Jens Westendorf	

Gäste

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Hans Kummer	
Frau Viktoria Willmann	

Schriftführerin

Frau Doris Pesch

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Dieter Schöffmann	Auf Vorschlag der GRÜNEN
Frau Yvonne Kürpig	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Dieter Brühl	Auf Vorschlag der SPD
Frau Hannelore Hildebrandt	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Herr Andreas Albrecht	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Eugenie Rempel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, begrüßt alle Anwesenden zur 19. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden.

Herr Derichsweiler stellt den fristgerechten Zugang der Einladung samt Vorschlag zur Tagesordnung fest, sowie den Zugang der Niederschrift. Anmerkungen zur Niederschrift bestehen nicht.

Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen vor von Frau Röhrig, Die Linke. Sie möchte den TOP 4.1 in die nächste Sitzung verschieben.

Herr Erkelenz, CDU, schlägt vor, den TOP nicht zu verschieben. Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren, bietet mit der Vorlage die Gelegenheit hierüber beraten zu können.

Die Vorlage könne auch ohne Votum angehört und beraten werden, verschoben sollte er jedoch nicht.

Frau Oedingen, SPD, schließt sich den Ausführungen von Herrn Erkelenz an.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, schlägt vor, den TOP 4.1 auf der Tagesordnung zu belassen, diesen zu behandeln und die Ausführungen der Verwaltung zu hören. Beim Tagesordnungspunkt selber könne der Vorschlag gemacht werden, hierüber nicht zu beschließen, sondern ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen.

Der Ausschuss nimmt diesen Vorschlag an.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

- 1.1 Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden gem. § 31 Abs. 1 i.V.m. 34 Abs.1 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln.
2246/2023

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

- 2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – Dauerhafter Schutz des Landschaftsschutzgebiets Innerer Grüngürtel, Dezentrale Angebote am 11.11. und Karneval für ein junges Publikum, Aktenzeichen 118/23 B
2378/2023
- 2.2 Eintrittsgelder der KölnBäder für Studierende - 113/2023
2472/2023

3 Bürgereingaben ohne Verwaltungsvorlage

4 Vorlagen der Verwaltung

- 4.1 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele
4069/2022

5 Anträge

5.1 Mündliche Anträge

5.2 Schriftliche Anträge

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

6.1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Die Linke aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom 12.06.2023 betreffend: "Fehlende Fehlermeldungen bei E-Mail-Versand" 2159/2023

6.2 Schriftliche Anfragen

6.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

7 Mitteilungen

7.1 Mündliche Mitteilungen

7.2 Schriftliche Mitteilungen

7.2.1 Einhaltung der Qualitätsstandards für Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Stellungnahme des stadtgesehellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung 1855/2023

7.2.2 Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom 31.10.2022 (AN/1914/2022) betreffend verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum 1824/2023

7.2.3 „Aktionstag Mobilität“ am 16. September 2023 von 11 bis 15 Uhr auf dem Neumarkt 2212/2023

7.2.4 Liste offener Bürgereingaben gemäß § 24 GO NRW für den Ausschuss 2641/2023

7.2.5 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Unterkünfte für Obdachlose, Aktenzeichen 11/23 2522/2023

- 7.2.6 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Öffentliche Termine zu Feuerwerken, Aktenzeichen: 89/23
2523/2023
- 7.2.7 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Gartenordnung für Kleingärten der Stadt Köln, Aktenzeichen 106/23
2524/2023
- 7.2.8 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Taktung der KVB Linie 5, Aktenzeichen 60/23
2525/2023
- 7.2.9 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Jährliche Berechnung der Kosten der Verkehrssysteme in Köln" Aktenzeichen 146-21 S
2642/2023
- 7.2.10 Fachtag "Misch MIT! - Kinder- und Jugendbeteiligung in Köln" - Gesamtauswertung und nächste Schritte
2510/2023
- 7.2.11 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert" - Ergänzung der Teilnahmebedingungen
2507/2023
- 7.2.12 Strukturförderfonds der Stadt Köln - Förderung des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement
2509/2023
- 7.2.13 Öffentlichkeitsarbeit bei der Planung von Spiel- und Bolzplätzen - AN/0820/2023 Anfrage FDP-Fraktion
2617/2023

I. Öffentlicher Teil

1 Allgemeines

1.1 Bestellung einer Schriftführerin für den Ausschuss Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden gem. § 31 Abs. 1 i.V.m. 34 Abs.1 Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen der Stadt Köln. 2246/2023

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden bestellt für den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden Frau Doris Pesch, Bürgeramt Innenstadt, als Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

2.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – Dauerhafter Schutz des Landschaftsschutzgebiets Innerer Grüngürtel, Dezentrale Angebote am 11.11. und Karneval für ein junges Publikum, Aktenzeichen 118/23 B 2378/2023

Der Petent, BUND Köln, stellt durch seinen Vertreter seine Eingabe vor. Diese habe den dauerhaften Schutz der Landschaftsschutzgebiete innerer und äußerer Grüngürtel zum Ziel. In diesem Zusammenhang betont der Petent die hohe Priorität, die der Klima- und Umweltschutz in der Bevölkerung aber auch im Rat der Stadt Köln hat. Der Rat habe im Rahmen des Klimanotstandes zur Erreichung des gesamtstädtischen Zieles der Klimaneutralität bis 2035 mit Beschluss vom 24.06.2021 entsprechende Maßnahmen beschlossen. Bei dem inzwischen aufgenommenen Klimaprogramm der Verwaltung spiele die Bestandspflege vorhandener Grünflächen und Schaffung neuer Grünzonen und ihre räumliche Vernetzung eine große Rolle.

Im Hinblick hierauf sei man entsetzt, dass nun auf Dauer Teile des Grüngürtels als Eventzone genutzt werden sollen – am 11.11. und an Weiberfastnacht.

Dies könne keine dauerhafte Lösung sein. Man sei sich bewusst, dass viele junge Leute nach Köln zum Feiern kommen, dem stünde auch nichts entgegen. Allerdings könne es nicht sein, dass der Grüngürtel auf Dauer hierfür erhalten muss. Der mit der Eingabe gemachte Vorschlag soll das Problem lösen.

Entgegen den Aussagen der Verwaltung sei man der Meinung, dass die vorgeschlagenen Flächen geeignet sind. Diese seien bereits durch die durchgeführten Großveranstaltungen „Strassenland“ in 2019 und 2022 erprobt. Es sei lediglich eine Frage der Organisation und des Managements. Wenn die Stadt Köln mit einem professionellen Veranstalter zusammenarbeite, dürfte es kein Problem sein. Köln habe große Erfahrung in der Durchführung großer Events wie z.B. Summerjam, polisMOBILITY, die Gamescom. Entscheidend sei es, dass die Stadt Köln verlässlich einen Rahmen vorgebe und verlässlich mit den Veranstaltern kooperiere.

Der Petent bittet um ein positives Votum zu seiner Eingabe.

Herr Westendorf, Zentraler Ansprechpartner für Großveranstaltungen beim Amt für Öffentliche Ordnung, erklärt, dass die Uni-Wiesen als Ausweichfläche für die Feiernden genutzt wird, da sich bislang keine Alternative hierzu anbiete. Zu berücksichtigen seien neben den Belangen der Feiernden auch die der Einwohner/innen. Insbesondere wenn es um die Erreichbarkeit zur Gefahrenabwehr und zum Schutz von Leib und Leben ginge.

Die Nordsüdfahrt inklusive des Tunnels sei nicht geeignet um größere Menschenmassen von vielleicht 35.000 Personen unterzubringen oder durchzulotsen. Eine entsprechende Nutzung sei nicht zu verantworten.

Schwer voraussehbar und nicht zu unterschätzen seien die Bewegungsströmungen, die von den Feiernden – geleitet von den Sozialen Medien - ausgehen, und dann wohlmöglich in Richtung Wohnviertel. Den Empfehlungen der Stadt Köln in den Sozialen Medien wird erfahrungsgemäß dann eher nicht gefolgt.

Den Jugendlichen müsse vor Ort eine Alternative geboten werden, diese können nicht durch Wohnviertel geleitet werden. Von daher müsse es bei der Fläche Uni-Wiese bleiben, da sich bisher keine geeignete aufgetan habe. Bisher habe sich auch kein Veranstalter auf das Wagnis eingelassen – auch in finanzieller Hinsicht – eine Veranstaltung durchzuführen, die dazu beiträgt, dass die Uniflächen nicht genutzt werden müssen. Auch hier müsse erstmal eine Fläche zur Verfügung stehen, die mehr als 30.000 Menschen fasst. In der Kölner Innenstadt sei eine solch große Fläche nicht vorhanden.

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Herr Derichsweiler erklärt Herr Janke, Amt für Öffentliche Ordnung – Stabsstelle Kommunikation und Strategie, dass die Uniwiesen nicht dauerhaft als Ausweichfläche dienen sollen, sondern an wenigen Tagen im Jahr. Die Verwaltung sei dabei, alternative Angebote zu erarbeiten. Diese haben sich bisher aber noch nicht finden lassen. Alle Flächen, die geprüft wurden – auch die Nord-Süd-Fahrt und der Rothgerberbach- seien schlicht nicht geeignet. Insbesondere der Zusammenbruch des gesamten Verkehrs, der zu erwarten wäre, wenn diese Flächen genutzt würden, führe dazu, dass die Bevölkerung in Gefahr käme, und wenn der ÖPNV zusammenbricht kommen die angereisten Menschen nicht mehr aus Köln heraus und blieben somit länger in der Stadt. Zu betonen sei, dass mit einem Ausweichangebot potenziell die Gefahr besteht, dass mehr Menschen nach Köln kommen, ohne, dass dem Zülpicher Viertel dadurch geholfen wird. Zum jetzigen Zeitpunkt sei die Fachverwaltung der Auffassung, dass es nicht zu verantworten ist, den Vorschlag umzusetzen.

Herr Horn, Grüne, dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Situation bestünde zwar nur zweimal im Jahr, aber eben jedes Jahr. Deshalb sei es wichtig zu überlegen, wie langfristig mit dieser Situation umzugehen ist. Die Ausgangssituation sei vom Petenten klar beschrieben worden: die Wiese sei Landschaftsschutzgebiet, wo Eingriffe nicht gestattet sind. Eine Beeinträchtigung des Naturhaushaltes und Schäden sollen vermieden werden. In dem vom Rat beschlossene Masterplan „Stadtgrün“ sei diese Fläche als „Immergrün“ dargestellt, zudem sei der Klimanotstand beschlossen – deshalb müsse das weitere Vorgehen, die Suche nach Alternativen sehr sorgfältig und sehr umfassend abgewogen werden. Manche Aspekte der Verwaltung seien nicht überzeugend. Zudem habe der Aufwand, die Grünfläche nach den zwei Tagen im vergangenen Jahr wieder in Stand zu setzen, jeweils 500.000 Euro gekostet. Das Geld könne ökonomisch sinnvoller eingesetzt werden. Die Voten der Bezirksvertretungen Lindental und Innenstadt, die sich mit diesem Thema intensiv befasst haben, seien mit

zu berücksichtigen. Die Bezirksvertretung Innenstadt habe sich mehrheitlich, die Bezirksvertretung Lindenthal einstimmig gegen die Verwaltungsvorlage und für den Antrag ausgesprochen. Es gebe kein sachlogisches Argument warum der Ausschuss hier auf Ratsebene anders entscheiden sollte. Die Verwaltung müsse aufgefordert werden tragfähige Alternativen aufzuzeigen. Dem Antrag der Petenten sei zuzustimmen und der Antrag der Verwaltung abzulehnen. Ansonsten werde dem Ausschuss die Möglichkeit genommen, die Eingabe zumindest in den zuständigen Ratsausschuss – dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen (AVR) - verweisen zu können. Details könnten dort verhandelt werden. Der Eingabe soll die Möglichkeit gegeben werden, weiter behandelt werden zu können im zuständigen Fachausschuss.

Herr Erkelenz, CDU, betont die hohe Schutzwürdigkeit der Uni-Wiese im Sinne des Klimaschutzes. Bei der Abwägung sei jedoch auch der Schutz von Leib und Leben zu berücksichtigen. Diese habe bei einer Abwägung höchste Priorität, sodass dem Vorschlag der Verwaltung gefolgt wird. Herr Erkelenz weist auf den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt hin, die die Ausweisung der Roonstraße als Partyfläche beschlossen hat.

Frau Oedingen, SPD, dankt dem Petenten und den Vertretern der Verwaltung für die Stellungnahmen. Auch die SPD sei für den Schutz der Grünflächen in Köln, hier konkret der Uni-Wiesen. Es würde sich allerdings den Ausführungen von Herrn Erkelenz anschließen. An Karneval würde die Fläche abgedeckt und geschützt. Aktuell sehe man diese Fläche als einzige Möglichkeit, die Menschenmengen, die alle ins Quartier Latäng kommen woanders hin zu lenken. Es sei schwierig tausende Feierende, die unbedingt zur Zülpicher Straße gelangen wollen, schnell andere Dinge anzubieten. Sei es nun die Nord-Süd-Fahrt oder auch andere Flächen in Köln. Das müsste organisatorisch sehr gut vorbereitet sein und geht auf jeden Fall nicht in der kommenden Session. Man könne das Argument, die Nutzung der Nord-Süd-Fahrt habe bei „Strassenland“ und bei der Gamescom gut funktioniert, in diesem Fall nicht anbringen, da das Klientel an Karneval ein anderes sei. Man habe mit tausenden teilweise stark angetrunkenen Menschen zu tun. Aktuell sehe die SPD die Uni-Wiesen als Möglichkeit die Menschen aus dem Zülpicher Viertel herauszulenken. Man möchte natürlich, dass andere Konzepte überlegt werden. Es gebe vier Arbeitsgruppen die unter der Führung der Oberbürgermeisterin arbeiten, auch zusammen mit dem runden Tisch Karneval und dort Überlegungen anstellen, wie man die Menschenmengen entzerren kann. Die SPD Fraktion möchte das Thema gerne an den Ausschuss AVR verweisen zur weiteren Diskussion und Entscheidungsfindung.

Frau Schöppen, FDP, dankt dem Petenten für die Eingabe, die auch die Möglichkeit eröffnet im Ausschuss BAB dieses wichtige Thema aufgreifen zu können. Frau Schöppen betont, dass die FDP-Fraktion sich immer dafür eingesetzt habe, dass das Landschaftsschutzgebiet Innerer Grüngürtel insbesondere nicht für den 11.11. oder auch an Weiberfastnacht „missbraucht“ wird. Bisher wurde vorgegeben, es gebe keine Alternative, es sei Gefahrenabwehrrecht. Der Antrag zu I könne insofern nur unterstützt werden, indem man sagt, es müsse eine alternative Fläche gefunden werden und man dürfe die Uniwiesen dafür nicht mehr benutzen. Frau Schöppen bezweifelt die Kompetenz des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden für das gesamte Abwehrrecht. Insbesondere bei Gefahr in Verzug, wenn es hieße, die Wiese muss aufgemacht werden, dann muss die Wiese aufgemacht werden. Sie warne davor hier ein Beschluss zu fassen, der als rechtswidrig dann bewertet wird. Sie wolle gerne im Grundsatz mitgehen, und zusammen mit dem Ausschuss eine Beschlussfassung finden und diese an den Ausschuss AVR geben. Nämlich, dass der

Ausschuss grundsätzlich von der Verwaltung ein anderes Konzept wünscht und eine andere Ausweichfläche.

Im Hinblick auf die Nord-Süd-Fahrt weist Frau Schöppen auf die Gefahren hin und erklärt, dass sie einen Beschluss zu Gunsten der Nord-Süd-Fahrt als Ausweichfläche nicht mittragen könne. Diese sei im Gegensatz zur Zülpicher Str. untertunnelt. Hier bestünde keine Möglichkeit für die Feiernden bei einer Panik aus dem Tunnel herauszukommen. Zudem bestünde die Gefahr, dass Menschen rechts und links am Tunneleneingang herunterfallen können.

Geeignet hingegen seien die Ringe. Dies habe die Gamescom gezeigt, die dort mit eigenem Bühnenprogramm stattfindet, sowie das Ringfest. Sie macht auf den Vorschlag der Verwaltung aufmerksam, das Christopher Street Day (CSD) Straßenfest auf den Ringen stattfinden zu lassen. Wenn dies für den CSD mit einer Millionen Besucher von der Verwaltung vorgeschlagen wird, dann müssen die Ringe mit seinen Clubs und den vielen Ausweichmöglichkeiten in die Seitenstraßen für die Durchführung großer Feste doch geeignet sein. Den Jugendlichen seien die Ringe mit den vielen Clubs bekannt, diese ließen sich nach dorthin lenken. Von daher möchte man die Ringe als Alternative geprüft haben.

Frau Röhrig, Die Linke, dankt dem Petenten. Ihre Fraktion stelle den Landschaftsschutz sehr hoch und sei gegen eine Nutzung der Uni-Wiesen an Karneval. Trotz Abdeckung der Wiesen seien Schäden dort entstanden. Alternativen müssen geprüft werden. Die Feste an den Ringen seien bisher kein Problem gewesen. Der Beschluss der Bezirksvertretung Lindenthal und Innenstadt sei mit zu berücksichtigen und es wird sich den Grünen angeschlossen.

Bezirksbürgermeister (BBM) Hupke, dankt dem Ausschuss, dass sich dieser aufgrund der Eingabe der Initiative BUND des Themas annehme. Er teilt mit, dass er seit fünfzig Jahren in Köln und seit siebenundvierzig Jahren im Quartier Latäng wohne, er dienstältestes Mitglied der Bürgergemeinschaft Rathenau Platz und Leiter des Veedelsbeirats sei und sich daher mit der Entwicklung des Feierns in Köln gut auskenne. Er berichtet von dem Unmut der Einwohner und der Geschäftsleute im Quartier Latäng, die nicht mehr bereit seien die negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität bzw. den Umsatz während der Karnevalstage zu akzeptieren. Zudem weist er auf die Gefahren hin, die vom Bahndamm an der Zülpicher Straße ausgehen, wenn dieser von feiernden Jugendlichen hinaufgeklettert wird.

Er sehe es nicht, dass es außer der Zülpicher Straße keine Alternativen gebe.

Die Nord-Süd-Fahrt sei mit seinen zwei Tunnel durchaus geeignet, wenn man die Massen geschickt durchleitet. Es sei eine Frage des Wollens.

Der Grüngürtel sei das Erbe Adenauers und der „Central Park“ der Innenstadt. Dieses „Juwel“ werde durch die demokratischen Parteien dieser Stadt nicht mehr in angemessener Weise gepflegt und geschützt. Die Innenstadt sei sechs Grad wärmer im Vergleich zum Bezirk Lindenthal und Rodenkirchen und auf den Erhalt des Grüngürtels angewiesen. Vom Rat der Stadt Köln müsse deshalb eine besondere Kraft und Phantasie für eine Lösung aufgebracht werden. Dass alle eingebrachten Vorschläge nicht umsetzbar sein sollen, könne nicht sein.

Der BBM weist abschließend hin auf die immensen Gesamtkosten von vier bis sechs Millionen Euro. Es gebe gute Alternativen, wo die Jugend dezentral feiern könne.

Herr Westendorf räumt ein, dass die Ringe an Karneval praktisch gesehen beispielbar seien. Er macht aber aufmerksam auf die Auswirkungen für den ÖPNV und auf die dann herrschende Situation für die Anwohner, wenn sich die Menschenmassen vom

Kwartier Latäng aus über die Aachener Straße zu den Ringen und dann in die Wohnviertel hineinbewegen. Das Ringfest gebe es nicht mehr, und die Situation mit den geschätzten 8000 Menschen vor der Bühne bei der Straßenveranstaltung der Game-sCom sei nicht mit dem Besucherandrang an Karneval vergleichbar. Die KVB habe schon signalisiert, dass bei einer Bespielung der Ringe die Ringlinie eingestellt würde.

Eine Bespielung der Roonstraße sei nicht ratsam, da diese für Rettungsfahrzeuge und die Feuerwehr durchfahrbar bleiben soll.

Der Petent, die Initiative BUND, stellt klar, dass sein Vorschlag weder die Roonstraße noch den Rothgerberbach betrifft, zeigt sich aber verständnisvoll, dass im Rahmen seiner Eingabe auch andere Möglichkeiten diskutiert werden. Sein Vorschlag betreffe den besagten Abschnitt der Nord-Süd-Fahrt. Hinsichtlich der Gefahrenabwägung sei der beidseitig begehbare Tunnel nicht mit der Unterführung in der Zülpicher Straße vergleichbar, die am 11.11.2022 abgesperrt gewesen sei und somit zur Sackgasse wurde, und Jugendliche den Bahndamm hochgeklettert sind. Im Hinblick hierauf sei die Zülpicher Straße bei einer Abwägung wesentlich gefährlicher. Für die Nord-Süd-Fahrt ließe sich ein Sicherheitskonzept finden, weil dieses bereits gefunden wurde für die Großveranstaltung mit hunderttausend Menschen. Vorteil für die Nord-Süd-Fahrt sei der gute Zugang und dass es dort keine Anwohner gibt. Er verweist auf Großveranstaltungen wie z.B. den Köln Marathon der zu erheblichen Störungen des KVB Betriebes führt, Rosenmontag und CSD. Diese Veranstaltungen werden klug gemanagt, sodass nicht nachvollziehbar sei, dass dies für den 11.11. nicht möglich sein soll.

Veranstalter seien zu Gesprächen mit der Stadt bereit, wenn die Bedingungen stimmen und die Stadt die Veranstaltung, wie bei anderen Veranstaltungen auch, finanziere oder bezuschusse.

Zur Formulierung eines gemeinsamen Beschlussvorschlages unterbricht der Ausschussvorsitzende Herr Derichsweiler die Sitzung für fünf Minuten.

Ein gemeinsamer Beschlussvorschlag konnte nicht gefunden werden, sodass der Ausschussvorsitzende unter Anwendung des formalen Verfahrens fragt, ob es Änderungsvorschläge gibt zu dem folgenden Beschlussvorschlag der Verwaltung „Der Ausschuss dankt dem Petenten und beschließt die Anregung nicht umzusetzen“.

Frau Oedingen, SPD, trägt folgenden Änderungsvorschlag vor: „Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird aufgefordert Konzepte zu entwickeln um den Besucherandrang auf andere Flächen zu verteilen. Die Sicherheit der Feiernden muss auf jeden Fall oberste Priorität haben. Auf den Inneren Grüngürtel und die Uni-Wiesen soll, sobald tragfähige Konzepte vorliegen, als Ausweichfläche verzichtet werden. Der Ausschuss überweist die Eingabe und diese Empfehlung an den AVR“.

Frau Schöppen, FDP, möchte wie folgt beschließen: „Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt bei zu erwartenden Veranstaltungen mit großen Menschenmassen, ausreichend andere versiegelte Flächen zur Verfügung zu stellen, damit eine Nutzung der Fläche des Inneren Grüngürtels als Ausweichfläche zur Gefahrenabwehr nicht notwendig wird. Die ausreichend anderen Flächen sind zu prüfen und sodann die Ergebnisse dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Recht zur Verfügung zu stellen“.

Frau Gabrysch, Die KlimaFreunde, möchte den Vorschlag der FDP-Fraktion übernehmen, allerdings mit der Ergänzung, dass der Auftrag an die Verwaltung bereits für das laufende Jahr 2023 gelten soll.

Frau Schöppen, FDP, nimmt diese Ergänzung in ihren Vorschlag mit auf.

Herr Horn, Grüne, stellt einen alternativen Beschlussvorschlag zur Abstimmung: „Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe und beschließt auf die Uni-Wiesen als Ausweichfläche zu verzichten. Die Verwaltung wird aufgefordert eine alternative Ausweichfläche bereitzustellen. Der Ausschuss überweist die Eingabe und diese Empfehlung an den AVR“.

Herr Dr. Höver, Amtsleiter Bürgeramt Innenstadt, bittet Frau Schöppen, FDP, für eine klare Beschlussfassung nochmal präzise anzugeben bzw. zu formulieren an welcher Stelle der Ergänzungsvorschlag der KlimaFreunde in ihren Beschlussvorschlag aufgenommen werden soll.

Frau Schöppen, FDP, konkretisiert ihren Vorschlag wie folgt: „Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt bei zu erwartenden Veranstaltungen mit großen Menschenmassen, ausreichend andere versiegelte Flächen zur Verfügung zu stellen, damit eine Nutzung der Fläche des Inneren Grüngürtels als Ausweichfläche zur Gefahrenabwehr nicht notwendig wird. Die ausreichend anderen Flächen sind zu prüfen und sodann die Ergebnisse dem Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Recht *so zeitnah* zur Verfügung zu stellen, *dass für den 11.11.2023 noch eine Umsetzung erfolgen könnte*“.

Frau Garbysch, Die KlimaFreunde, möchte einen eigenen Antrag stellen, da sie den für sie wichtigen Aspekt „versiegelte Flächen“ in den gestellten Anträgen, insbesondere der Grünen, nicht wiederfindet.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, stellt klar, dass die Anträge gestellt wurden, wie sie nun mal gestellt wurden.

Herr Dr. Höver, Amtsleiter Bürgeramt Innenstadt, schlägt vor, jetzt sämtliche Anträge in Schriftform einzureichen, damit bei der Abstimmung ganz klar ist worüber abgestimmt wird.

Herr Horn stellt folgenden gemeinsamen Ergänzungsantrag vor von den Grünen, FDP, KlimaFreunde und die Linke: „Der Ausschuss dankt den Petenten für die Eingabe und unterstützt die Forderung an die Verwaltung, alternative versiegelte Ausweichflächen (z.B. Ringe) zu finden und bereitzustellen, um auf den Inneren Grüngürtel und die Uni-Wiesen als Ausweichflächen zur Gefahrenabwehr verzichten zu können. Der Ausschuss überweist die Eingabe und diese Empfehlung an den AVR. Die Prüfergebnisse sollen rechtzeitig für den 11.11.2023 vorliegen.“

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, fasst zusammen, dass somit zwei Änderungsanträge vorliegen – ein Änderungsantrag der SPD und ein gemeinsamer Änderungsantrag von den Grünen, FDP, KlimaFreunde und die Linke.

Herr Derichsweiler erklärt, dass über den weitergehenden Antrag von den Grünen, FDP, KlimaFreunde und die Linke zuerst abgestimmt wird. Im Falle, dass dieser Antrag keine Mehrheit findet, werde über den Änderungsantrag der SPD abgestimmt. Sofern kein Änderungsvorschlag eine Mehrheit findet, werde über die Beschlussvorlage in nichtgeänderter Form abgestimmt. Wenn ein Änderungsantrag eine Mehrheit gefunden hat, werde dieser als Ersetzungsantrag verstanden. Dann sei nicht mehr in geänderter Fassung komplett final abzustimmen.

Einwände gegen das Verfahren liegen nicht vor.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für die Eingabe und unterstützt die Forderung an die Verwaltung, alternative versiegelte Ausweichflächen (z.B. Ringe) zu finden und bereitzustellen, um auf den Inneren Grüngürtel und die Uniwiesen als Ausweichfläche zur Gefahrenabwehr verzichten zu können. Der Ausschuss überweist die Eingabe und

diese Empfehlung an den AVR. Die Prüfergebnisse sollen rechtzeitig für den 11.11.23 vorliegen.

Abstimmungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit von Grüne, Die Linke, FDP und KlimaFreunde gegen die Stimmen von SPD und CDU **zugestimmt.**

2.2 Eintrittsgelder der KölnBäder für Studierende - 113/2023 2472/2023

Die Geschäftsführung der Köln Bäder, Frau Heckmann, erklärt zu der Eingabe der nicht anwesenden Petentin, dass Ermäßigungen bei den Eintrittsgeldern möglich sind bei Vorlage des Köln Passes oder eines Behindertenausweises. Bei Bedürftigkeit können auch Studierende den Köln Pass beantragen. Es gibt eine Vereinbarung mit dem Sportamt zu bestimmten Studierendenvereinigungen, sodass z.B. Gruppierungen wie UniSport auch spezielle Wasserzeiten bei den Köln Bäder nutzen können. Dieses Angebot werde von Studierenden auch sehr rege wahrgenommen.

Herr Brust, Grüne, erklärt, dass die Eintrittspreise der Bäder vielen Menschen zu hoch erscheinen. Jedoch deckten die Eintrittsgelder die Kosten der Bäder nicht mal zur Hälfte. Der Zuschussbedarf pro Eintrittskarte lege bei über 7,60 €. Die Stadtwerke müssen jedes Jahr 19 Millionen € Verlustausgleich an die Bäder überweisen. Die Stadt übernehme zudem auch die Kosten für Schulschwimmen und Vereinsschwimmen. Priorität habe die Erhaltung und die Schaffung weiterer Bäder. Es sei abzuwägen, ob die Höhe der Eintrittsgelder weiter zu reduzieren sind, oder ob weitere Bäderflächen zu schaffen sind. Herr Brust führt die bestehenden ermäßigten Angebote für Bedürftige auf. Er merkt hierzu an, dass auf der Webseite der KölnBäder die möglichen Rabattierungen nicht zu erkennen sind und regt an, dies auf der Webseite deutlicher zu kommunizieren. Bei einer Abwägung habe die Schaffung weiterer Schwimmmöglichkeiten Vorrang, sodass der Empfehlung der Verwaltung gefolgt wird.

Allerdings sei der Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen: „Die Verwaltung wird in Absprache mit der KölnBäder GmbH gebeten, die möglichen Rabattierungen der Eintrittspreise für Studenten, z.B. über den Köln Pass oder über UniSport zu kommunizieren und z.B. auf der Homepage darzustellen“.

Herr Brust weist darauf hin, dass man in Köln auch umsonst schwimmen könne. Im Sportausschuss sei letzte Woche die Einrichtung zweier kostenloser Badestellen am Fühlinger See beschlossen worden. Bisher sei das Baden an öffentlichen Seen grundsätzlich verboten, weil die Verwaltung nicht garantieren könne, dass es keine Unfälle gibt. Die Sportstättenverwaltung habe letztes Jahr ein Gutachten erstellen lassen, an welchen Stellen im Fühlinger See baden ohne Aufsicht relativ gefahrlos möglich ist. Dabei seien zwei Flächen identifiziert worden, wo es im nächsten Jahr dann kostenloses Baden geben soll - kein Verbot mehr aber auch keine Aufsicht, baden auf eigene Gefahr.

Herr Erkelenz, CDU, unterstützt den Änderungsantrag der Grünen und geht mit der Verwaltung konform.

Frau Oedingen, SPD, schließt sich den Vorrednern an und trägt die Änderung mit.

Frau Heckmann, rät abschließend, in den Bädern erstmal schwimmen zu lernen bevor man im Fühlinger See schwimmen geht.

Ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt der Petentin für ihre Eingabe und nimmt die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird in Absprache mit der KölnBäder GmbH gebeten, die möglichen Rabattierungen des Eintrittspreises für Studierende z.B. bei dem Köln Pass oder über UniSport stärker zu kommunizieren und z.B. auf der Homepage darzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3 Bürgereingaben ohne Verwaltungsvorlage

4 Vorlagen der Verwaltung

4.1 Strategische Sozialplanung - Herausforderungen und Ziele 4069/2022

Herr Schlanstedt, Dezernat Soziales, Gesundheit und Wohnen, stellt die Verwaltungsvorlage vor.

Frau Oedingen, SPD, meldet Beratungsbedarf an und möchte die Vorlage ohne Votum in die anderen Gremien verweisen.

Herr Kummer, Beratungsgremium Öffentlichkeitsbeteiligung, bittet Herrn Schlanstedt folgende Fragen zu beantworten: 1. Sind die angesprochenen Personengruppen bei der Entwicklung der Ziele der integrierten, strategischen Sozialplanung 2023 beteiligt worden? 2. Wenn ja, wie sind die einzelnen Personengruppen beteiligt worden? 3. Wenn ja, welche Sozialräume sind beteiligt worden?

Herr Schlanstedt erklärt, dass man zurzeit noch in der Phase der Zielsetzung sei, also der Frage, welche Ziele man verfolgen soll. Hier seien die Bürger durch die Partizipation – über die demokratischen Gremien beteiligt worden, aber nicht unmittelbar. Ein Teil der Ergebnisse wurde aus der „Leben in Köln“ Umfrage in 2016 verwendet. An der Zielerstellung und den gemachten Vorschlägen seien keine betroffenen Zielgruppen beteiligt worden.

In drei der fünfzehn Sozialraumgebieten sei man zurzeit dabei, die Bürger und Bürgerinnen zu beteiligen bei der Frage, welche Maßnahmen konkret notwendig sind. Auf dieser Ebene befände man sich aber noch nicht. Wenn die Vorlage beschlossen ist, könne man weiterarbeiten und mehr zu den Strategien sagen.

Beschluss:

Der Rat

1. nimmt die elf in der Anlage benannten strategischen Herausforderungen für die zukünftige integrierte Sozialplanung der Stadt zustimmend zur Kenntnis;
2. beschließt die strategischen Ziele/Teilziele zu den Herausforderungen wie in der Anlage dieser Vorlage ausgeführt;
3. beauftragt die Verwaltung, im Sinne des strategischen Steuerungsprozesses der integrierten Sozialplanung, dort wo noch nicht mit einer Fachplanung hinterlegt, darzulegen, mit welchen geeigneten Strategien die Ziele/Teilziele verfolgt werden sollen;

4. beauftragt die Verwaltung den Fachausschüssen regelmäßig über die Zielerreichung und die Strategien zur Zielerreichung zu berichten.

I Antrag auf Verweisung, SPD

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregung und Beschwerden verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in andere Gremien.

Abstimmung zu:

I Antrag auf Verweisung, SPD

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge

5.1 Mündliche Anträge

5.2 Schriftliche Anträge

6 Anfragen

6.1 Mündliche Anfragen

- 6.1.1 **Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Die Linke aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom 12.06.2023 betreffend: "Fehlende Fehlermeldungen bei E-Mail-Versand"
2159/2023**

Frau Röhrig, Die Linke, teilt mit, dass sich die Anfrage erledigt habe.

6.2 Schriftliche Anfragen

6.3 Anfragen aus früheren Sitzungen

7 Mitteilungen

7.1 Mündliche Mitteilungen

7.2 Schriftliche Mitteilungen

- 7.2.1 **Einhaltung der Qualitätsstandards für Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Stellungnahme des stadtgeseellschaftlichen Beratungsgremiums Öffentlichkeitsbeteiligung
1855/2023**

- 7.2.2 Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden vom 31.10.2022 (AN/1914/2022) betreffend verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum
1824/2023**
- 7.2.3 „Aktionstag Mobilität“ am 16. September 2023 von 11 bis 15 Uhr auf dem Neumarkt
2212/2023**
- 7.2.4 Liste offener Bürgereingaben gemäß § 24 GO NRW für den Ausschuss
2641/2023**
- 7.2.5 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Unterkünfte für Obdachlose, Aktenzeichen 11/23
2522/2023**

Frau Oedingen, SPD, bittet die Verwaltung, diese Mitteilung auch dem Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren zur Kenntnis zu geben.

- 7.2.6 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Öffentliche Termine zu Feuerwerken, Aktenzeichen: 89/23
2523/2023**
- 7.2.7 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Gartenordnung für Kleingärten der Stadt Köln, Aktenzeichen 106/23
2524/2023**

Frau Oedingen, SPD, bittet die Verwaltung, diese Mitteilung auch dem Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zur Kenntnis zu geben.

- 7.2.8 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - Taktung der KVB Linie 5, Aktenzeichen 60/23
2525/2023**

Frau Schöppen, FDP, weist darauf hin, dass die Taktung wieder geändert wurde. Sie regt an, dass die Verwaltung dies der Petentin in einem kurzen Schreiben zur Information mitteilt.

- 7.2.9 Mitteilung zur Bürgereingabe nach § 24 GO NRW - "Jährliche Berechnung der Kosten der Verkehrssysteme in Köln" Aktenzeichen 146-21 S
2642/2023**

Frau Oedingen, SPD, bittet die Verwaltung, diese Mitteilung auch dem Verkehrsausschuss zur Kenntnis zu geben.

**7.2.10 Fachtag "Misch MIT! - Kinder- und Jugendbeteiligung in Köln" - Gesamtauswertung und nächste Schritte
2510/2023**

**7.2.11 Ehrenamtspreis "KölnEngagiert" - Ergänzung der Teilnahmebedingungen
2507/2023**

**7.2.12 Strukturförderfonds der Stadt Köln - Förderung des Kölner Arbeitskreises Bürgerschaftliches Engagement
2509/2023**

**7.2.13 Öffentlichkeitsarbeit bei der Planung von Spiel- und Bolzplätzen - AN/0820/2023 Anfrage FDP-Fraktion
2617/2023**

Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen verabschiedet sich bei den Ausschussmitgliedern, da sie künftig in der Bezirksvertretung Mülheim wirken wird. Sie bedankt sich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und das faire Miteinander.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, bedankt sich für die gute Arbeit, die Frau Klingenburg-Steinhausen geleistet hat und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.

Herr Derichsweiler dankt allen Anwesenden für die heutige Sitzung und schließt diese um 19:16 Uhr.

Derichsweiler
(Ausschussvorsitzender)

Pesch
(Schriftführung)